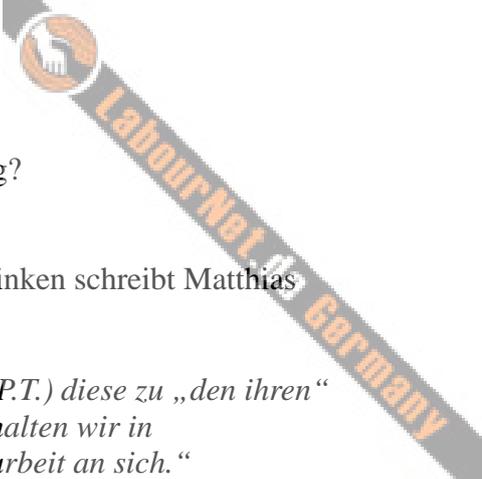


Wozu Betriebe in demokratischer Selbstverwaltung? Eine Antwort an Matthias Fritz



In seiner Antwort auf meine Kritik am Positionspapier der Gewerkschaftslinken schreibt Matthias Fritz:

„In einer solchen Auseinandersetzung (um den Erhalt von Arbeitsplätzen, P.T.) diese zu „den ihren“ zu machen und die dabei zutage tretenden Zusammenhänge zu verstehen, halten wir in gewerkschaftlichen Kämpfen für zielführender als Vorträge über die Lohnarbeit an sich.“

Zumindest hatte ich mit diesem trotzigen Kommentar nicht die Absicht einen Vortrag „über Lohnarbeit an sich“ zu halten. Hätte ich das machen wollen, dann wäre meine Stellungnahme anders ausgefallen. Meine Kritik bezog sich auf die Formulierung, dass die Lohnabhängigen die Arbeitsplätze nur „notfalls“ zu den ihren machen sollten. Mir ging es darum, die Möglichkeit und Notwendigkeit genossenschaftlicher Produktion zu betonen, als eine „Mittelstufe“ zur Überwindung des Kapitalismus.

„Und dass wir beim Übergang in die volle kommunistische Wirtschaft den genossenschaftlichen Betrieb als Mittelstufe in ausgedehntem Maß werden anwenden müssen, daran haben Marx und ich nie gezweifelt.“ F. Engels an Bebel, 20.1.1886. MEW 36, 426.

Ich habe nun verstanden, dass Matthias Fritz die genossenschaftliche Produktion offenbar nur als eine Form der Selbstaussbeutung betrachtet, denn er schreibt weiter:

„Mit seinen Vorschlägen bleibt der Autor selbst komplett im Kapitalismus verfangen. Offensichtlich sieht er es als erstrebenswert an, dass „die Beschäftigten den Betrieb übernehmen, um ihn in demokratischer Selbstverwaltung zu führen“. Wozu? Um sich selbst auszubeuten? Um in Konkurrenz mit anderen Betrieben um Marktanteile zu kämpfen? Hier bleibt Peter Trotzig mindestens so viele Antworten schuldig, wie der Kompromiss der Schlusserklärung.“

Das hat er nun richtig erkannt! Ich halte selbstverwaltete genossenschaftliche Betriebe für „erstrebenswert“. Für ihn bedeutet das, dass ich mit meinen Vorschlägen „komplett“ im Kapitalismus verfangen bleibe. Offenbar sind für Matthias Fritz etwa ein selbstverwalteter Betrieb wie Zanon in Argentinien oder die Kooperative Cecosola in Venezuela nichts weiter als Projekte der Selbstaussbeutung und des Kampfes um Marktanteile. Mehr fällt ihm einfach nicht ein. Einen „Vortrag“ darüber, dass selbstverwaltete genossenschaftliche Betriebe „an sich“ nicht „komplett“ im Kapitalismus verfangen bleiben, erspare ich mir. Dazu müsste ich nämlich einen „Vortrag“ darüber halten, was ein kapitalistisches Produktionsverhältnis „an sich“ ist. Wer sich bei der „demokratischen Selbstverwaltung“ eines genossenschaftlichen Betriebes die Frage „Wozu?“ nur mit „Selbstaussbeutung“ und Kampf um Marktanteile beantworten kann, den dürfte keines meiner Argumente erreichen. Ganz kurz daher nur so viel:

Das „Kommando über fremde Arbeitskraft“, dass die Kapitalbesitzer mit ihren Offizieren und Unteroffizieren über LohnarbeiterInnen ausüben, hat Matthias Fritz entweder nie erlebt oder es bereitet ihm kein größeres Unbehagen. Ich habe mich fast 40 Jahre als angelernter Arbeiter, Facharbeiter und technischer Angestellter mit diesen Kommandeuren über meine Arbeitskraft herumgeschlagen, weshalb ich weiß, wozu demokratische Selbstverwaltung gut sein soll! Auf die Frage „wozu“ antworte ich ihm nur kurz und knapp: dazu, um diese Macht der Kapitalbesitzer zu brechen und einen wichtigen Schritt in Richtung soziale Emanzipation zu tun!!! (Auf die Frage der Schranken für genossenschaftliche Betriebe in einem sie umgebenden kapitalistischen Markt gehe nicht weiter ein. Das würde nur dann einen Sinn machen, wenn mein Kritiker diese Schranken nicht dazu benutzen würde, um den Gedanken der genossenschaftlichen Produktion grundsätzlich in

Frage zu stellen.)

Das hätten wir also geklärt und damit auch, dass Matthias Fritz und ich in den Fragen der „Perspektiven linker Gewerkschaftspolitik“ keine Gemeinsamkeit haben.

Peter Trotzig